

# Mitgliederbrief

Information der SPD Breisgau Hochschwarzwald

Breisgau -  
Hochschwarzwald

**SPD**

## Der neue Mitgliederbrief ist da..

Herzlich Willkommen!

Vielen Dank für euer positives Feedback auf unseren ersten Mitgliederbrief. Mit der heutigen zweiten Ausgabe präsentieren wir wieder aktuelle Beiträge über die Arbeit der SPD vor Ort. Wir haben diverse wichtige Themen vor Ort gemeinsam diskutiert und bearbeitet. Außerdem startet der Landtagswahlkampf, die Kandidaten der Wahlkreise unseres Kreisverbandes findet ihr alle in dieser Ausgabe.

Die nächste Ausgabe unserer Mitgliederzeitung erscheint im Herbst und erreicht seine Leser ebenfalls per eMail. Schnell ausdrucken, lesen und verteilen. Gern nehmen wir Eure Beiträge oder Kommentare in die nächste Ausgabe auf. Sendet diese einfach per Mail an die Redaktion. Wir suchen noch Sponsoren für eine Druckversion und freuen uns auf Eure Anregungen und Rückmeldungen. Einen schönen Sommer wünscht Euch

Euer Kreisvorstand

## Editorial



Liebe Genossinnen und Genossen, die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus, derzeit finden die Nominierungskonferenzen in unserem Landkreis statt. Angefangen haben wir mit dem Wahlkreis Breisgau und ich freue mich sehr über das unglaublich tolle Ergebnis mit dem ihr mich zur Kandidatin und Oswald Prucker zum Zweitkandidaten gewählt habt. Wir werden gemeinsam kämpfen, um euer Vertrauen zu rechtfertigen. Wie sagte Helmut Schmidt so schön:

"Man kommt ja nicht ans Ziel, weil man vom Ziel geträumt hat. Sondern man kommt zum Ziel, weil man den Weg dorthin gegangen ist."

Unser Ziel ist klar: möglichst für alle drei Wahlkreise Abgeordnete nach Stuttgart zu bekommen. Lasst uns im nächsten dreiviertel Jahr den Weg dorthin zusammen gehen!

**SPD - weil es um Menschen geht!**

Dr. Birte Könnecke (Kreisvorsitzende)

Juni 2015

2. Ausgabe

### Themen dieser Ausgabe:

- Rückführung Flüchtlinge
- Landtagskandidaturen
- AG 60 Plus
- Bezahlbarer Wohnraum
- Bürgerstammtisch Titisee Neustadt
- BW gemeinsam gestalten
- Entwicklung ländlicher Raum
- Fachtagung Platz für Familie

### Termine 2015:

Kreisvorstand zum Regionalverband	24. Juni 2015 Breisach
Nominierungsveranstaltung WK 47 für die Landtagswahl	27. Juni 2015 Freiburg
Wahlkampf Kick Off	04. Juli 2015 Stuttgart
Nominierungsveranstaltung WK 47 für die Landtagswahl	11. Juli 2015 Titisee
Grillen mit Neumitgliedern	12. Juli 2015 Staufen
Südbadentreff	18. Juli 2015

## Aktuelle Stunde bei der SPD Breisgau-Hochschwarzwald



Am Morgen setzte die Europäische Zentralbank ihre Politik der Geldschwemme um, abends diskutierten über 50 Genossen und interessierte Bürger mit dem MdEP Jakob von Weizsäcker im Forum Merzhausen über Sinn und Unsinn der Maßnahme.

Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Birte Könnecke brachte von Weizsäcker, der kurzfristig für den verhinderten Peter Simon eingesprungen war, zunächst eine Menge trockener Zahlen. Er verwies darauf, dass es den Deutschen mit unter 5% Arbeitslosigkeit innerhalb des Euroraumes sehr gut gehe, dies in anderen Ländern aber zum Teil erheblich anders aussähe. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt im Euroraum bei 11%, so hoch wie in Deutschland auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, wobei Griechenland mit 25% den absoluten Spitzenplatz einnimmt.

Um die Eurozone insgesamt in Gang zu bringen gäbe es vier Möglichkeiten: die Lockerung des Stabilitätspaktes, Investitionen in länderübergreifende Projekte, Deutschlands Abkehr von der schwarzen Null oder eine quantitative Lockerung. Am besten wäre ein Mix aus allen vier Maßnahmen. Da die Länder die ersten drei jedoch ablehnten, wäre die EZB jetzt zur vierten gezwungen. Diese beinhaltet das Drucken von viel

frischem Geld und das Aufkaufen von Staatsanleihen, um damit die Banken vermehrt zu Investitionen und Kreditvergaben an Privatpersonen und Firmen zu motivieren. Nach den sehr fundierten und mit viel Leidenschaft vorgetragenen Erklärungen blieb noch eine Stunde Zeit für Fragen aus dem Publikum, was bei weitem nicht reichen sollte.

Die Fragen deckten den gesamten Bereich der europäischen Geldpolitik, gerade auch in Hinsicht auf Griechenland ab und wurde ausführlich beantwortet. Von Weizsäcker stellte sich in den meisten Fragen hinter die EZB-Politik, wenn er auch eindringlich vor der Gefahr der Bildung von neuen Blasen warnte. Das Drucken neuen Geldes sei in dieser Situation jedoch eine richtige Entscheidung. Insgesamt forderte er die Länder auf, mutiger zu sein auf dem Weg in die Vereinten Staaten von Europa. Ohne dieses sei die Einführung des Euros nicht zu rechtfertigen und würde auf Dauer scheitern. Die Strukturen innerhalb Europas müssten dahingehend weiterentwickelt werden, dass ein Land notfalls pleite gehen kann, ohne dass die Bevölkerung deshalb übermäßig darunter zu leiden hätte, wie es zum Beispiel in den USA der Fall wäre. Als Dank für den informativen Abend überreichte Birte Könnecke ihm noch zwei Flaschen badischen Weines „mit weniger Prozent als die griechische Arbeitslosenquote aber mehr als die Inflation“. Auch nach der Abreise von Weizäckers gingen die Diskussionen in kleineren Gruppen noch eine gute Stunde weiter.

## Stellungnahme zur Rückführung von Flüchtlingen

Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald zeigt sich angesichts der in jüngster Zeit mehrfach praktizierten nächtlichen Abholungen von Flüchtlingen in Müllheim entsetzt. Wie der Kreisvorstand durch persönlichen Kontakt mit dem Verein „Zuflucht Müllheim e. V.“ und über die Presse erfahren hat, kam es in den vergangenen Wochen im Rahmen der Rückführungspraxis der europäischen Dublin-III-Verordnung zu nächtlichen Abholungen von Flüchtlingen aus der erst kürzlich bezogenen Flüchtlingsunterkunft in Müllheim. Zwar leisteten die Helferinnen und Helfer gegen eine dieser Rückführungen zivilen Ungehorsam und verhinderten die polizeiliche Aktion dadurch, im ersten Fall dieses Jahres wurde ein Flüchtling jedoch um 3 Uhr nachts in Handschellen abgeführt und über Frankfurt nach Mailand verbracht. Samuel Gebert, der Vorsitzende des o. g. Vereins, begleitete den als gut integriert geltenden Flüchtling und berichtete anschließend vom rücksichtslosen Vorgehen der Behörden und dem Elend, das den Flüchtling in Italien erwarten wird.

Die Umstände dieser sogenannten „Rückführungen“, die angesichts der verheerenden Aufnahmesituation in Italien eigentlich als Abschiebungen bezeichnet werden müssen, stoßen beim Kreisvorstand der SPD Breisgau-Hochschwarzwald auf massive Kritik. Angeblich habe im Falle des jungen Gambiers laut Aussagen der Polizei Fluchtgefahr bestanden, da es sich um einen „jungen, sportlich trainierten Mann“ gehandelt hätte. Dies widerspricht allerdings den Darstellungen des Helferkreises in Müllheim. Hierzu Philipp Lang, stellvertretender Kreisvorsitzender: „Dass gut integrierte Flüchtlinge um 3 Uhr nachts teilweise unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen abgeholt und in

eine ungewisse Zukunft verbracht werden, ist eine Praxis, der die Politik zwingend Einhalt gebieten muss!“

Die SPD verlangt nicht nur einen sofortigen Stopp dieser Anordnungen an die Behörden, sondern erwartet von der örtlichen Polizei und den Behörden des Landkreises, dass sie im Rahmen ihrer exekutiven Befugnisse, in besonderem Maße Sorgfalt und Rücksicht mit den häufig bereits traumatisierten Flüchtlingen walten lassen.

Das Zeichen, das vergangene Woche 80 Menschen in Müllheim gegen diese Praxis gesetzt haben, sieht der Kreisvorstand als Hilferuf an die Politik, nicht nur die gängige Abschiebep Praxis zu ändern, sondern letztlich auch für eine Abschaffung der Dublin-III-Verordnung zu kämpfen.

Der Kreisvorstand erklärt sich ausdrücklich solidarisch mit den Müllheimer Flüchtlingen und den zahlreichen Menschen, die sich um sie kümmern. Die SPD hat im Landkreis bereits einen Beschluss gefasst, der Rückführungen nach Italien bis auf weiteres stoppen soll und die Überprüfung der menschenrechtlichen Lage der Flüchtlinge in den Ländern der Erstaufnahme anmahnt. Kreisvorsitzende Birte Könnecke führte dazu aus: „Eine Rückführung von Familien mit Kindern nach Italien findet aufgrund der vorherrschenden Bedingungen bereits nicht mehr statt. Dies muss umgehend auch auf andere Flüchtlinge ausgeweitet werden. Ein Abschieben in die Obdachlosigkeit ist für keinen Menschen akzeptabel!“

## Gabi Rolland kandidiert im Wahlkreis 47

Liebe Genossinnen und Genossen,  
als neue Abgeordnete des Wahlkreises 47 vertrete ich seit der Landtagswahl im März 2011 neben dem Freiburger Westen auch die Gemeinden Gottenheim, March, Schallstadt und Umkirch im Stuttgarter Landtag. Die seit dieser Zeit regierende grün-rote oder sozial-ökologische Landesregierung hat viel bewegt. Baden-Württemberg ist aus der Schockstarre befreit worden, in die es durch die 58 Jahre regierende CDU getrieben wurde. Reformen wurden in Angriff genommen und werden umgesetzt: Im Bereich der Bildungspolitik haben wir endlich das dreigliedrige Schulsystem überwunden, die Gemeinschaftsschule eingeführt, die Unterrichtsversorgung verbessert, die Krankheitsreserve angehoben, die Ganztageschule ermöglicht, erste Schritte für Inklusion gemacht, die beruflichen Schulen gestärkt, den Realschulen eine Perspektive gegeben. Ja, es stimmt wirklich: heute gibt es mehr Lehrerinnen und Lehrer als früher! Beim Auflösen des großen Reformstaus sind wir an der einen oder anderen Stelle holprig gestartet, was vor allem für die Bildungspolitik zutrifft. Aber inzwischen treten alle von uns geführten Ministerien souverän und erfolgreich auf. Das gilt auch für die Bildungspolitik, bei der wir mit Kultusminister Andi Stoch den richtigen Mann an der richtigen Stelle haben! Wichtige Erfolge unserer Reformkoalition sind u. a.:  
Noch nie gab es in Baden-Württemberg so viel finanzielle Unterstützung, um Kleinkindern Bildung und Betreuung zu bieten. Vom Schlußlicht sind wir an die Spitze der Bundesländer gerückt.  
Es gibt mehr Geld für sozialen Wohnungsbau und wir haben den Gemeinden Instrumente ermöglicht, um ihren Wohnungsmarkt in der Balance zu halten.  
Die Situation der Flüchtlinge wurde erheblich verbessert. Sofort nach der Regierungsbildung haben wir umgesteuert zum Geldleistungsprinzip, den Wohnraum erheblich erhöht, das Sprachangebot verbessert, eine Bleiberechtsinitiative mitbegründet. Unsere zuständige Ministerin Bilkay Öney macht ihre Arbeit richtig gut!  
Aus meinem Verantwortungsbereich in der SPD-Landtagsfraktion, der Hochschul- und Umweltpolitik, möchte ich u. a. erwähnen:  
Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und die verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Die Hochschule soll ein Ort der Lehre, der Forschung und der Demokratie sein. Und wir haben die Finanzierung der Hochschulen wieder auf sichere Füße gestellt.

Im Bereich des Umweltschutzes wurde Ernst gemacht mit sauberen Flüssen und Bächen. Die öffentliche Wasserversorgung wurde gestärkt. Die finanziellen Mittel für den Naturschutz wurden verdoppelt. Ein Nationalpark wurde eingerichtet und das Biosphärengebiet Schwarzwald steht vor der Tür. Es gibt heute 28 Landschaftserhaltungsverbände – 9 Mal so viel wie vorher.

Ich meine, die SPD-Bilanz kann sich sehen lassen!

„Versprochen – Gehalten“, könnte man auch sagen. Unser Reformauftrag ist auf den Weg gebracht, aber noch keinesfalls abgeschlossen. Gerade beim Thema soziale Gerechtigkeit sind wir noch weit von unserem Ziel entfernt. Hierfür werden wir in der Partei ein Wahlprogramm erarbeiten, diskutieren und verabschieden. In diesem Prozess und bei der Umsetzung in der nächsten Legislaturperiode möchte ich meine Kompetenz und Ideen einbringen. Deswegen bewerbe ich mich erneut als SPD-Kandidatin für den Wahlkreis 47 zur Landtagswahl 2016.

Ich bin mir sicher, dass wir als SPD das Potenzial haben mit unserem Dreiklang „Gute Arbeit – starke Familien – Bildungsgerechtigkeit“ soziale Gerechtigkeit und Ökologie in Einklang zu bringen. Das gelingt nur, wenn wir im Wahlkampf mit einer hochmotivierten Partei antreten. Dabei zählen wir auch auf Euch!

Lasst uns die Wahlkreiskonferenz am 27. Juni, an der alle SPD-Mitglieder die im Wahlkreis 47 bei der Landtagswahl wahlberechtigt sind, zu einem gelungenen Auftakt für die Vorbereitung der Landtagswahl werden.

Dafür werbe ich um Euer Vertrauen – deshalb kommt zur Mitgliederversammlung und gebt mir Rückenwind!

Eure



Gabi Rolland



Gabi Rolland

## Walter Krögner kandidiert im Wahlkreis 46

Liebe Genossinnen und Genossen,  
am 11. Juli stelle ich mich auf der Nominierungskonferenz für den Wahlkreis 46 (Freiburg-Ost) zur Wahl.

Seit vielen Jahren lebe ich gern im Freiburger Osten in Freiburg-Littenweiler und dies seit 2012 zusammen mit meinem Lebenspartner.

Mein beruflicher Weg führte mich ab 2012 in das Regierungspräsidium Freiburg, wo ich auf der Projektstelle für das Biosphärengebiet Schwarzwald daran mitwirke, dem Südschwarzwald mit dem Biosphärengebiet zusätzliche Möglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung zu eröffnen.

Seit 1999 bin ich Stadtrat in Freiburg und im Zentrum meiner politischen Tätigkeit steht, den Menschen, die keine eigene Lobby haben, Sprachrohr zu sein.

Manche sagen, dass unser Wahlkreis, der sich vom Freiburger Hauptbahnhof bis kurz vor die Schaffhauser Kantonsgrenze erstreckt, ein nicht nachvollziehbares Kunstgebilde sei. Gerade das übt für mich den Reiz unserer unverwechselbaren Region aus. Was wäre Freiburg ohne den Schwarzwald und umgekehrt. Es bestehen viele Verknüpfungen zwischen Freiburg und seinem Umland und es sind noch viel mehr zusätzliche Verbindungen zu knüpfen und auszubauen. Dazu möchte ich als Mitglied des Landtages meinen Beitrag leisten.

Unsere grün-rote Landesregierung hat begonnen, in den zurückliegenden 4 Jahren den Reformstau. Endlich ist die konservative ideologisch verbrämte Politik zeitgemäßem Handeln gewichen. Am besten wird dies deutlich bei der Kinderbetreuung, wo es unsere Regierung geschafft hat, vom letzten Platz auf einen bundesweiten Spitzenplatz zu gelangen.

Vieles ist erreicht, aber vieles gilt es noch zu erreichen oder weiterzuführen.

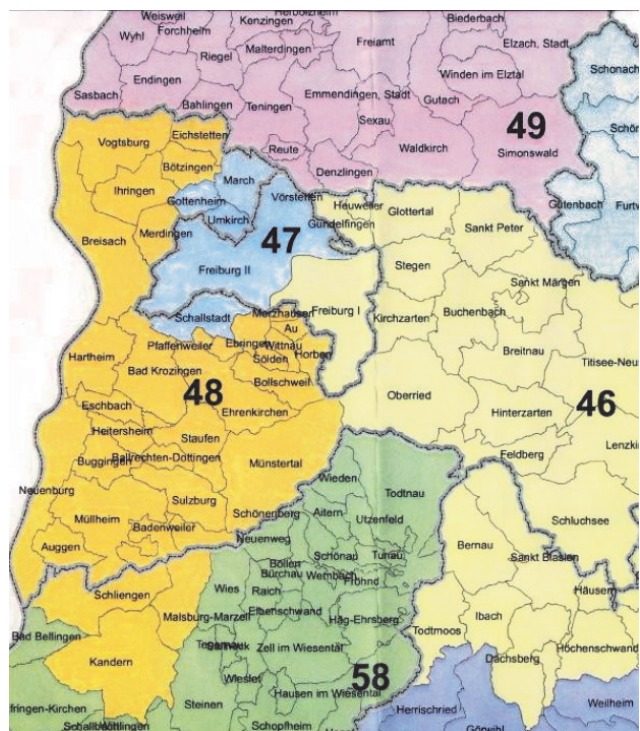
Mit meiner Kandidatur möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, dass unser Land auf Reformkurs bleibt und die erfolgreiche Politik unserer Landesregierung fortgeführt

werden kann. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung am 11. Juli bei der Nominierungskonferenz und danach im Wahlkampf.

Euer  
Walter Krögner



## Die Wahlkreise





## Birte Könnecke kandidiert und Oswald Prucker unterstützt

Die SPD im Wahlkreis Breisgau hat mit überwältigender Mehrheit die Kreisrätin Dr. Birte Könnecke als ihre Kandidatin für die Landtagswahl 2016 ins Rennen geschickt. Birte Könnecke, die seit 2014 auch dem Kreisverband vorsteht, erhielt bei ihrer Wahl mit 52 von 54 Stimmen einen beeindruckenden Vertrauensvorschuss und kann so mit großem Rückhalt die Nachfolge von Christoph Bayer antreten, der den Wahlkreis seit 2001 in Stuttgart vertritt und im nächsten Jahr nicht mehr antritt. Ersatzkandidat ist Dr. Oswald Prucker.

Birte Könnecke zeigte sich kämpferisch: „Als Tierärztin habe ich zwar einen gesunden Respekt vor großen Tieren, aber ganz bestimmt keine Angst vorm bösen Wolf“.

Das Land ist in den Jahren der grün-roten Regierung auf nahezu allen Feldern vorangekommen und ist in vielen Positionen an der Spitze der Bundesländer: Nirgends ist das Wirtschaftswachstum höher, noch nie hatten so viele Menschen im Ländle eine Arbeit wie heute und kein anderes Bundesland eine so niedrige Jugendarbeitslosigkeit wie Baden-Württemberg. Das sind nur einige der Erfolgsmeldungen des jüngst erschienenen Jahreswirtschaftsberichts.

An diese Erfolgsmeldungen knüpfte Birte Könnecke in ihrer mit viel Beifall bedachten Nominierungsrede an: „Wir machen in Bund und Land eine Politik der Gerechtigkeit! Alles wofür wir eintreten, was in unseren Wahlprogrammen aufgeführt wird, wofür wir kämpfen, dient dazu, die Gesellschaft ein kleines Stück gerechter zu machen.“

Ihre Beispiele dazu: „Dreimal Nullverschuldung in fünf Jahren in Baden-Württemberg, das gab es noch nie, das ist unser Beitrag zur Generationengerechtigkeit! Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, 150 Millionen

Investition in Wohnraumförderung in den nächsten zwei Jahren, das ist unser Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Natürlich reicht das nicht, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Mit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und Ganztagsangeboten wurde ein gutes Stück mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht und zum selben Themenkreis zählt auch die Abschaffung der Studiengebühren. Für den ländlichen Raum ist es Birte Könnecke wichtig, dass weiterhin um den Erhalt von Bildungsschlüssen in erreichbarer Nähe gekämpft wird.

„Wir sind die Partei der sozialen, Generationen-, Familien- und Bildungsgerechtigkeit. Das treibt mich an, dafür kämpfe ich und dafür will ich gewinnen. Weil dann alle gewinnen.“ So ihre Schlussworte.

Dr. Oswald Prucker aus Meringingen, der mit gleichem Ergebnis zum Ersatzkandidaten gewählt wurde, versicherte in seiner kurzen Rede: „Ich wünsche mir, dass Birte unseren Wahlkreis in Stuttgart vertreten wird. Dafür braucht sie jede Unterstützung, die sie kriegen kann und ich will da ganz vorne mit dabei sein.“ Die Einführung der Gemeinschaftsschule und der rasante Ausbau der Kleinkindbetreuung von der schwarz-gelben Beinahe-Null auf eine bundesweite Spitzenposition sind seine Highlights für die Menschen in der Region.

Große Unterstützung für Birte Könnecke kam von den Mandatsträgern der SPD: Der Bundestagsabgeordnete Gernot Erler, MdL Christoph Bayer und Europaminister Peter Friedrich zeigten sich hoch erfreut über die Nominierung von Birte Könnecke. Sie mache eine hervorragende Arbeit im Kreistag, habe die Menschen im Blick und genau die richtigen Ideen um den Wahlkreis Breisgau in Stuttgart voranzubringen.



Oswald Prucker und Birte Könnecke



Peter Friedrich, Gernot Erler, Birte Könnecke, Oswald Prucker, Christoph Bayer (v.l.n.r.)

## Höhepunkte aus Birtes Rede —“ Dafür will ich gewinnen!“

Mit einer kämpferischen Rede hat sich Birte Könnecke bei den Delegierten der Nominierungsveranstaltung beworben. Hier haben wir die besten Zitate für euch zusammengestellt:

„Ich möchte immer erstmal alle Seiten beleuchten, die Argumente abwägen, es ist nie nur schwarz oder weiß, auch wenn man uns das immer wieder einreden will. Wie heißt es so schön: für jedes komplexe Problem gibt es eine Antwort, die einfach, klar und falsch ist.“

Als Tierärztin habe ich einen gesunden Respekt vor wehrhaften Tieren, aber sicherlich keine Angst vorm Bösen Wolf und fühle mich in Gummistiefeln wie Kostüm gleichermaßen pudelwohl, wenn auch nicht gleichzeitig.“



„Die SPD steht für das, wofür sie seit 152 Jahren steht. Für mehr Gerechtigkeit! Ist das altbacken? Ist das unmodern? Müssen wir uns neu erfinden, um hipp zu sein? Ganz sicher nicht!“

„Die SPD regiert in Land und Bund. Und sie regiert gut. Mindestlohn, Frauenquote, Bildungszeitgesetz, Gemeinschaftsschulen, Inklusion, solidarischer Haushalt. Alles Dinge, die es ohne uns nicht gegeben hätte.“

„Dreimal Nullverschuldung in 5 Jahren in Baden-Württemberg, das gab es noch nie, das ist unser Beitrag zur Generationengerechtigkeit! Nicht heute über die Verhältnisse leben und die Schulden den nächsten überlassen.“

Wir sind die Partei der sozialen, Generationen-, Familien- und Bildungsgerechtigkeit. Das treibt mich an, dafür kämpfe ich und dafür will ich gewinnen. Weil dann alle gewinnen

## Arbeitsgemeinschaft 60 Plus



Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Arbeitsgemeinschaft „60 Plus“ der SPD ist im Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald leider noch nicht so integriert in der Region, wie es eigentlich sein sollte. Aus dem Grunde versuchen wir jetzt mit anderen Mitteln den Bekanntheitsgrad im Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald zu vermehren. Die finanzielle Situation der AG 60 Plus ist leider nicht so, dass wir große Sprünge machen können.

Auf der Mitgliederversammlung der AG am 19. Mai 2015 in der Regionalgeschäftsstelle in Freiburg, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Als Vorsitzender wurde Uwe Pridöhl aus dem OV Ehrenkirchen gewählt. Als Stellvertreter wurde Werner Fischer aus dem OV Bad Krozingen gewählt. Als Beisitzerinnen wurden Rose Riedl aus dem Dreisamtal, Christa Schönherr aus Titisee-Neustadt und Klaus Hör aus Titisee-Neustadt gewählt.

Wir wollen jetzt versuchen eine verbesserte Grundlage für die Arbeit der AG 60 Plus im Kreisverband zu schaffen. Dafür

möchten wir die Ortsvereinsvorsitzenden

mit einbeziehen. Die OV Vorsitzenden sollen nicht mehr Arbeit aufgedrückt bekommen, sondern sie sollen unser Bindeglied zu den Parteimitgliedern sein, die zur Altersgruppe der „AG 60 Plus“ gehören. Die OV Vorsitzenden kennen die Mitglieder im Ortsverein genauer und können ggf. als Ansprechpartner zur Information bereitstehen.

Viele von den älteren Mitgliedern haben keinen Internetanschluss und sind somit nur per Post oder Telefon von uns zu erreichen. Wenn hierbei uns die OV Vorsitzenden unterstützen, würden wir aller Voraussicht nach eine bessere Anbindung dieser Genossinnen und Genossen an die Arbeit der „AG 60 Plus“ erreichen. Denn wie heißt es in der SPD: „Eine Partei ohne Ältere ist eine Partei ohne Erfahrung“.

In diesem Sinne vertraue ich auf euer Verständnis und hoffe, dass wir mehr Interesse in der Mitgliedschaft erreichen.

Uwe Pridöhl

## Bürgerstammtisch Titisee Neustadt

Recht zufrieden zeigte sich die Ortsvereinsvorsitzende Sandra Uecker mit der Themenvielfalt beim SPD-Bürgerstammtisch im Jägerhaus. Die Möglichkeit innerörtlicher Busangebote, die Parkplatzprobleme in der Beethovenstraße, die Wirksamkeit der innerstädtischen Verkehrsberuhigung und auch der Schlamm im Eisweiher wurden diskutiert. Hauptthemen waren der Streit um die Windkraft, die geplante Gemeinschaftsschule, die Bahnsteigunterführung in Titisee und der Lärmschutz an der B 31. Mehrere Teilnehmer beklagten den erheblich stärker gewordenen Lärm besonders durch den nächtlichen LKW-Verkehr, der bis nach Rudenberg zu hören sei. Die Anwesenden forderten eine LKW-Maut, um den Schwerverkehr wieder auf die Autobahn zu lenken. Außerdem sollen die bestehenden Lärmschutzwände überprüft werden und ein neues Lärmgutachten wurde angeregt.

Das Streitthema Windkraft will die SPD in einer Podiumsdiskussion im Herbst erneut aufgreifen. Erhebliche Zweifel hatten die Anwesenden am Wert der vorliegenden Windkraftstudie, die negative Auswirkungen für den Tourismus behauptete. Niemand sage, er fahre nicht wegen der Windräder an die Nordsee und auch im Simonswäldertal seien den dortigen Gastronomen solche Bedenken fremd. Die Energiewende könne nicht nach dem Floriansprinzip erfolgen und wenn es um die Gefahren der Atomkraft gehe, höre man nichts von den Windkraftgegnern, außerdem sei ein Ausbau der Wasserkraft mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Sandra Uecker begrüßte die sich abzeichnende Einigung für eine Gemeinschaftsschule für Titisee-Neustadt und Lenzkirch. Nach einigen Irritationen sei man nun auf dem richtigen Weg. Auf den Hinweis, dass es in Titisee sehr häufig zu illegalen Gleisüberquerungen komme, erinnerte Stadtrat Markus Schlegel daran, dass die Bahnunterführung eine alte SPD-Forderung sei. Den Umbau der Höllentalbahn müsse man nutzen, um diese Gefahrenstelle zu beseitigen. Dabei sollten auch das Badeparadies und Testo eingebunden werden.

Die Versammlung war sich einig, mit der Bürgerversammlung auf dem richtigen Weg zu sein und weitere derartige Veranstaltungen anzubieten.

## Pressespiegel

Wir haben ein neues Angebot auf unserer Webseite bereitgestellt. Den monatlichen Pressespiegel. Hier sammeln wir alle Berichte der Presse aus der Region.

Zu finden auf [www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de)



## Facebook

An dieser Stelle gern noch mal der Hinweis an alle Facebookfreunde. Auch da sind wir natürlich vertreten. Zu finden unter „Rot-wild im Schwarz-wald“ auf facebook.de



## Baden-Württemberg gemeinsam gestalten

Wir regieren Baden-Württemberg seit vier Jahren erfolgreich. Gemeinsam mit Euch wollen wir daran anknüpfen und unser Land weiterentwickeln. Es geht dabei um ein Gutes Leben für uns alle – um Gute Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und Zeit für Familie.

### DAS HABEN WIR BISHER ERREICHT:

#### GUTE ARBEIT

Aufträge vom Staat gibt es nur noch bei fairen Löhnen  
Mehr Fachkräfte dank guter Aus- und Weiterbildung

#### BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Bildung für alle: Studiengebühren abgeschafft  
Gemeinsames Lernen. Bessere Bildungschancen: Gemeinschaftsschule eingeführt

#### ZEIT FÜR FAMILIE

Ganztagsgrundschule ausgebaut und im Schulgesetz verankert  
Über 1 Milliarde Euro für die Kleinkindbetreuung

Wenn Baden-Württemberg erfolgreich bleiben soll, müssen wir es gemeinsam gestalten. Deshalb kommt es auch auf Ihre Meinung an!

### UNSERE ZIELE FÜR DIE ZUKUNFT SIND:

Wir gestalten die Digitalisierung der Arbeitswelt und stärken weiterhin Baden-Württemberg als Musterland für Gute Arbeit Bessere Bildung: Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg ein. Wir führen die Ganztagsgarantie ein – vom ersten bis zum letzten Schultag. Damit unterstützen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### WAS SAGT IHR DAZU?

Gemeinsam mit Euren Antworten und Vorschlägen entsteht das SPD-Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2016!

MITMACHEN auf <http://wichtigist.spd-bw.de>





## Bezahlbarer Wohnraum

Die Landesregierung engagiert sich konsequent für bezahlbaren Wohnraum, machte Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid im Landtag deutlich. Dabei setzt sie auf folgenden Dreiklang: „Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir sichern bestehenden Wohnraum. Wir sorgen dafür, dass Mieten bezahlbar bleiben.“

„Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir den Schwerpunkt innerhalb der Landeswohnraumförderung auf den Mietwohnraum gelegt“, so Schmid. Zudem habe die Landesregierung die Wohnraumförderung auf rund 75 Millionen Euro pro Jahr erhöht – 60 Prozent mehr als unter der Vorgängerregierung.

„Seit langem wurden nicht mehr so viele neue Wohnungen fertiggestellt, wie zurzeit in Baden-Württemberg. Das zeigt doch, wir sind auf dem richtigen Weg und wir müssen weiter dafür arbeiten, dass Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.“

Die Landesregierung Sorge aber nicht nur für mehr bezahlbaren Wohnraum, man wolle auch, dass bestehender Wohnraum bezahlbar und erhalten bleibt.

„Mit dem Zweckentfremdungsverbot und der Umwandlungsverordnung haben wir den Kommunen Instrumente in die Hand gegeben, damit Mietwohnungen dem Markt nicht dauerhaft entzogen werden.“

Die Städte können so besser gegen Wohnungsmangel und die Verdrängung alteingesessener Mieter vorgehen. Nun sei es an den Kommunen diese Instrumente entsprechend ihrer Bedürfnisse zu nutzen.

Mit einem Kraftakt ist die Landesregierung die Umsetzung der Mietpreisbremse in Baden-Württemberg angegangen. Ende Mai habe die Landesregierung eine Liste von 68 Städten und Gemeinden veröffentlicht in denen die Mietpreisbremse gelten solle „Das zeigt: Wir meinen es ernst und wir sind die Regierung des bezahlbaren Wohnraums hier in Baden-Württemberg“, konstatierte der Minister. *(Text: SPD Baden Württemberg)*

## Der Kreisvorstand tagt in Neuenburg

Der Kreisvorstand hat sich schon sehr früh nach Amtsantritt verständigt, sich stärker in der Region zu engagieren und so viel wie möglich Ortsvereine zu besuchen und die Themen vor Ort kennenzulernen und zu diskutieren.

Der Mietwohnungsmarkt im Kreis ist bekanntermaßen angespannt. Viele Kommunen beschäftigt die Umsetzung der Mietpreisbremse und diskutieren über die Wirkung von Mietspiegeln. Am 21. Mai trafen sich der Kreisvorstand, Neuenburgs Bürgermeister Joachim Schuster und Manfred Wolf vom Deutschen Mieterbund in Freiburg zu einer angeregten Diskussion in Neuenburg. Wie es in Zukunft gelingen soll, ausreichend Wohnraum auch für Menschen mit kleinem Budget bereitzustellen – diese Frage erörterte Bürgermeister Joachim Schuster mit Vertretern des Kreisverbandes der SPD. Dass das Thema hochaktuell ist, war an der Vielzahl von Besuchern abzulesen.

Neuenburg lehnt die Aufnahme in das Landesprogramm wohnungspolitischer Maßnahmen ab, hat es doch nach Wahrnehmung vom Bürgermeister doch bereits genug eigene Maßnahmen zur Innenstadtverdichtung und Wohnraumentwicklung ergriffen. Neuenburg hat zudem die ortsübliche Vergleichsmiete erfasst und will diese auch fortschreiben. So dass bei Neuvermietungen die Mietpreisbremse bereits wirken kann.

Neuenburg befürchtet, dass durch zu viel Regulierung der freie Markt beschnitten wird und damit womöglich noch weniger Wohnraum geschaffen wird. Dagegen betont der Mieterbund die Wichtigkeit der Regulierung, bei Neuvermietungen gab es in Freiburg schon Mietpreissteigerungen von bis zu 27%.

Neuer sozialer Wohnungsbau wird nur stattfinden, wenn alle Partner zusammenarbeiten, Renditeerwartungen gedeckelt werden, Grundstücksfragen und staatliche Hilfen für sozial benachteiligte Mieter gemeinsam koordiniert werden.

Ein komplexes Thema welches an diesem Abend konstruktiv erörtert wurde. Die Kreisvorsitzende Birte Könnecke ist sich sicher, bezahlbarer Wohnraum wird die Region weiter beschäftigen und gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erfordern.

## Im Einsatz gegen ein Imageproblem der SPD in ländlichen Gebieten

Auf Einladung des SPD-Kreisverbands war der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Claus Schmiedel, an den Tuniberg gekommen. Vor einer eher überschaubaren Zahl von Genossen und ihren Gästen referierte der Landtagsabgeordnete über erreichte und noch angestrebte Ziele der Landesregierung im Allgemeinen und der SPD im Speziellen. Auch war es Schmiedel darum zu tun, die Gründe für das Imageproblem seiner Partei gerade im ländlichen Raum zu ergründen.

Aus ihrer Enttäuschung über die nur rund 20 Gäste, die in den Merdinger Bürgersaal gekommen waren, um Schmiedels Ausführungen zu lauschen, machten die SPD-Kreisverbandsvorsitzende, Birte Könnecke, und ihr Stellvertreter und Merdinger Ortsvereinsvorsitzender, Oswald Prucker, keinen Hehl. Schmiedel allerdings ließ sich den Schneid nicht abkaufen und stieg mit guten Nachrichten in seinen Vortrag über "Gute Arbeit im ländlichen Raum" ein. Gute Arbeit bescheinigen der Landesregierung derzeit gute Zahlen. Laut der jüngsten Forsa-Umfrage kämen die Grünen derzeit auf 26, die CDU auf 38 und die Sozialdemokraten auf 20 Prozent der Stimmen bei einer Landtagswahl. Stolz 60 Prozent der Baden-Württemberger seien mit der jetzigen Landesregierung zufrieden. Allerdings, konstatierte er, hätte die SPD gerade auf dem Lande ein "Imageproblem", was in einem "Land der Flächenstärke" wie es Baden-Württemberg nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sei. "Wir arbeiten uns zu sehr an Einzelthemen ab, anstatt die Zusammenhänge besser deutlich zu machen", lautete Schmiedels Diagnose. Das soll sich durch den

programmatischen Dreiklang "Gute Arbeit, Zeit für Familie und Bildungsgerechtigkeit" ändern. Um Fachkräfte für die mittelständischen Unternehmen aufs Land zu locken, müsste hier das infrastrukturelle Angebot dem in Städten weitestgehend entsprechen. Schnelles Internet, ein funktionierender ÖPNV und eine leistungsfähige, nahe Kinderbetreuung stünden ganz oben auf der Hitliste junger Familien. Durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer 2011 sei es möglich gewesen, die Kommunen mit 68 Prozent Kostenübernahme für die Kleinkindbetreuung zu unterstützen, betonte Schmiedel. Für Gemeinden mit 8000 oder weniger Einwohnern sei "ein weiterführendes Schulsystem vor Ort nicht darstellbar". Die Lösung für dieses Problem, wie auch für die viel beklagte Bildungsungerechtigkeit, seien Gemeinschaftsschulen. "Wenn die CDU sagt, keine Gemeinschaftsschule, ist das eine Kampfansage an den ländlichen Raum", so Schmiedel. Ebenfalls hervorzuheben sei das Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELR), bei dem die Landesregierung mit Beginn dieses Jahres nochmal nachgelegt habe. Förderfähig sei die Wiederherstellung "abhandengekommener Ortskerne" ebenso wie "hochinnovative Unternehmen" im ländlichen Raum, so Schmiedel. Verdreifacht habe man die Mittel zur flächendeckenden schnellen Internetversorgung. Zudem habe die Landesregierung mehr Geld für Straßenbau investiert als jede ihrer Vorgängerinnen, wollte er mit einem Vorurteil aufräumen.

Viel Geld sei auch in die Hochschulen geflossen: 1800 befristete Arbeitsverhältnisse seien in unbefristete umgewandelt worden. Allein 2014 habe das Wirtschaftswachstum im Land bei 2,4 Prozent und damit um 0,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt gelegen. "Unser Anspruch ist es, dass das Bild vom guten Land Baden-Württemberg nicht nur auf dem Papier steht, sondern in der Realität stimmt", schloss Claus Schmiedel.



Birte Könnecke, Claus Schmiedel, Oswald Prucker

(Text und Bild: Julius Steckmeister BZ)

## „Breisacher Erklärung“ Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Bildungspolitik

Bildungspolitik war von Anfang an das wichtigste Thema der neuen Koalition. Das Vorhaben war ambitioniert. Viel zu lange war zu wenig voran gebracht worden, Reformen waren in vielen Bildungsbereichen fällig. Klar, dass eine Legislaturperiode dafür nicht ausreichen würde.

Schon 2006 hatte Christoph Bayer, MdL, unter der Überschrift „Bessere Bildung für alle“ Eckpunkte für den Bildungsaufbruch für die sozialdemokratische Fraktion formuliert. Seit Regierungsantritt der neuen Koalition 2011 ist einiges auf den Weg gebracht: Ganztagsangebote und Gemeinschaftsschule sind wichtige Wegmarken in Richtung Bildungsgerechtigkeit. Die verbindliche Grundschulpflicht wurde abgeschafft zugunsten der Entscheidungsfreiheit der Eltern. Gleichzeitig werden Beratungsstrukturen ausgebaut. Zur Verbesserung der individuellen Förderung an Grundschulen werden zusätzlich 180 Lehrerstellen eingesetzt. Realschulen bieten künftig auch den Hauptschulabschluss an. Erst nach einer zweijährigen Orientierungsstufe wird bestimmt, auf welchem Niveau der Schüler lernt. Schulsozialarbeit wird ausgebaut, die Studiengebühren sind weggefallen und vieles mehr. Eine Fülle von Details sind zu bearbeiten. Damit die neue Bildungspolitik nicht darin stecken bleibt, ist es Christoph

Bayer wichtig, immer wieder den Blick auf Zusammenhänge zu lenken und die ganze Komplexität des Bildungswesens nicht aus den Augen zu verlieren. Und es ist ihm wichtig, die Erfahrungen und das Wissen von möglichst vielen an Bildung Beteiligten im Reformprozess mit einzubringen. Eine nachhaltige Bildungspolitik ist nur im Dialog zu verwirklichen.

Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung lud Christoph Bayer daher Lehrer, Kommunalpolitiker, Eltern und Bildungsinteressierte im Frühjahr nach Breisach ein. Von Kultusminister Andreas Stoch ließen sich die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums, darunter auch einige Schüler, zum Stand der Bildungspolitik informieren. Professorin Jutta Allmendinger aus Berlin analysierte die derzeitigen Bemühungen aus ihrer Sicht. In Workshops zu Inklusion, Gemeinschaftsschule und anderen Themen diskutierten Referenten und Fachleute, was auf dem Weg zu einer nachhaltigen Bildungspolitik noch zu tun sei. Dieser ertragreiche Dialogprozess hat eine Fülle von Ideen, Sichtweisen und Anregungen hervorgebracht, die derzeit für ein Memorandum nachhaltiger Bildungspolitik ausgewertet werden. Dieses Memorandum wird Orientierung bieten können für die Bildungspolitik bis 2021, also über die gesamte nächste Legislatur. Nach den Sommerferien wird das Papier zur Diskussion gestellt.

(Autor Karl-Heinz Behr, Team Bayer)



Christoph Bayer im Gespräch

## Fachtagung Platz für Familien

Wir werden weniger und älter - das gilt auch für Städte und Gemeinden im Breisgau, dem Markgräfler Land und dem Hochschwarzwald. Um die Ansiedlung und den Bestand von Familien werden Kommunen künftig Wettbewerbe austragen: Familienfreundlichkeit und Beteiligungsverfahren werden dabei zum Standortvorteil. Viele Kommunen haben sich schon auf den Weg gemacht. Das Land unterstützt Initiativen und Projekte tatkräftig. Die Beispiele sind vielfältig, die Erfolge motivierend. Christoph Bayer lud zur Fachtagung "Platz für Familien" nach Müllheim.

Ermutigung für neue Projekte und Austausch von Erfahrungen standen im Vordergrund der fachlich kompetent besetzten Tagung. Marion Kampmann, Integrationsbeauftragte der Stadt Müllheim, berichtete vom eben abgeschlossenen, erfolgreichen Demografie-Projekt in Müllheim. Bad Krozingens Tiefbauamtsleiter Paul Kopp stellte den neuen Schulradwegeplan vor, der kurz vor der Fertigstellung steht. Schülerinnen und Schüler hatten wesentlichen Anteil an der Erstellung. Partizipation von Kindern ist die Grundlage für alle Kinderstadtpläne, die "Kobra e.V." seit Jahren herausgibt. Kinder zeigen auf Stadtrundgängen ihre Lieblingssorte, sie zeichnen in Pläne ein, wo sie Gefahren sehen und was sie Besonderes finden in ihrem Heimatort. Frank Awender aus Kandern machte deutlich, dass das Expertenwissen der Kinder bei diesen Pläne unverzichtbar ist.

Die Umgebung rund um die Wohnung, das Wohnumfeld wie Sozialwissenschaftler sagen, hat einen starken Einfluss auf den Kinderalltag und die Entwicklung von Kindern und Kinder haben, je nach ihrer sozialen Herkunft, unterschiedliche Spielraumbedingungen. Das sind zwei der Feststellungen aus der neuen Kinderstudie des deutschen Kinderhilfswerkes zum Thema Spielraum für Kinder. Peter Höfflin, einer der Autoren der Studie, stellte die wichtigsten Ergebnisse vor und schloss unter anderem mit Forderungen wie: Das Recht auf Spielraum muss dauerhaft in Stadt- und Raumplanung verankert werden und

Kinder müssen, entsprechend Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention, an allen sie betreffenden Angelegenheiten in einer Gemeinde beteiligt werden.



Christoph Bayer auf der Fachtagung

Damit dies alles auch praktisch werden kann hat das Land Baden-Württemberg die Neuauflage eines Unterstützungsprogramms für Kommunen beschlossen. Unter Federführung der Familienforschungsstelle beim Statistischen Landesamt (FAFO) und dem Landesjugendamt (KVJS) wird ab Ende Mai eine erneute Bewerbung für das Integrierte Managementverfahren möglich. "Die Bewerbung ist mit Sicherheit kein großer Aufwand", räumte Andreas Reuter, vom KVJS aus Stuttgart, gleich im Vorfeld eventuelle Befürchtungen aus. Und dass das Programm erfolgreich kommunale Entwicklungsprozesse anregt und zu aktiver Ehrenamtlichkeit ermutigt, konnte den Beiträgen von Marion Kampmann und Josef Matt, Bürgermeister in Friedenweiler, entnommen werden.

"An ausgewählten Beispielen, mit Handreichungen, mit praktischen wie auch mit Hintergrundinformationen wollte ich bei dieser Tagung zum kinder- und familienfreundlichen Handeln ermutigen", fasste Christoph Bayer am Schluss zusammen. "Das ist, wie ich der aktiven Beteiligung hier entnehme, gelungen."

*(Autor Christoph Bayer)*



## Herzlichen Glückwunsch..

**Wir gratulieren allen Jubilaren recht herzlich zu Ihrem Geburtstag!**

Aus Datenschutzgründen dürfen wir die Jubilare nicht persönlich benennen.



**Allen Mitgliedern die in diesem Jahr ein SPD Jubiläum feiern:**

**Danke für langjährige Mitgliedschaft!**

Aber auch allen Mitgliedern herzlichen Dank für ihr erstes Jahr bei uns. Seid willkommen!

## Mitmachen!

### Mach Mit:

Es ist gut, Mitglied der SPD zu sein. Egal ob Du das erste Mal Mitglied werden oder zur SPD zurück kehren willst. Dein Ortsverein bietet den Mitgliedern Mitsprache- und Entscheidungsrechte. Werde heute Mitglied der SPD und helfe mit, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Für ein modernes und gerechtes Deutschland. Für ein Land mit Sicherheit für seine Bürger, Zukunftschancen für alle und einer starken Demokratie. Für ein Deutschland, das internationale Verantwortung übernimmt und bei dem Gerechtigkeit und Fairness nicht an den Landesgrenzen endet. Ob im vor Ort, im Bundesland, auf nationaler oder internationaler Ebene: Überall engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, die Welt ein Stück gerechter zu machen.

Mach doch einfach mit!



Vorname Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

eMail \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

*Selber ausfüllen oder weitergeben und ausgefüllt an u.a. Adressen schicken..*

*und dann :*

*Herzlich Willkommen!*



**Anpacken für unsere Region**

## SPD Breisgau Hochschwarzwald

Herausgeber & V.i.S.d.P.:

die Kreisvorsitzende  
SPD Breisgau Hochschwarzwald  
Dr. Birte Könnecke

Merzhauser Straße 4  
79100 Freiburg

Redaktion:

Birte Könnecke, Oswald Prucker,  
Thomas Thürling,

Realisation:

Thomas Thürling

Mail:

redaktion@spd-breisgau-  
hochschwarzwald.de

[www.facebook.com: Rot-wild im Schwarz-wald](http://www.facebook.com:Rot-wild-im-Schwarz-wald)

[www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de)

### Unsere Ortsvereine im Kreisverband Breisgau—Hochschwarzwald:

Auggen, Badenweiler, Bad Krozingen—Hartheim, Batzenberg, Bötzingen, Breisach, Buggingen, Dreisamtal, Ehrenkirchen – Bollschweil, Eichstetten, Gottenheim, Gundelfingen, Heitersheim-Eschbach, Hexemtal, Ihringen, Lenzkirch-Schluchsee, Löffingen, March, Merdingen, Müllheim, Münstertal, Neuenburg, Staufen, Sulzbachtal, Titisee-Neustadt, Umkirch, Vogtsburg

Unsere Parteiarbeit und unser kommender Wahlkampf braucht Eure Unterstützung!  
Mitmachen und Spenden sind herzlich willkommen und wichtig für unseren Erfolg!